



Frank Bsirske/Klaus Busch/Olivier Höbel
Rainer Knerler/Dieter Scholz (Hrsg.)

Gewerkschaften in der Eurokrise

Nationaler Anpassungsdruck
und europäische Strategien

VSA:

Frank Bsirske/Klaus Busch/Olivier-Andre Höbel/
Rainer Knerler/Dieter Scholz (Hrsg.)
Gewerkschaften in der Eurokrise

Ricard Bellera-Kirchhoff, ETUI (European Trade Union Institute/Europäisches Gewerkschaftsinstitut), Brüssel

Sandra Breiteneder, MA, Abteilung Europa, Konzerne und Internationale Beziehungen der GPA-djp (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier), Wien

Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Berlin

Pete Burgess, University of Greenwich, London

Klaus Busch, Prof. (i.R.) für Europäische Studien an der Universität Osnabrück

Georg Feigl, Mag., Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik, Arbeiterkammer, Wien

Wolfgang Greif, Mag., Abteilung Europa, Konzerne und Internationale Beziehungen der GPA-djp, Wien

Olivier Höbel, Bezirksleiter der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen

Rainer Knerler, Regionalleiter der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) für Berlin und Brandenburg

Heribert Kohl, Dr., Büro für wissenschaftliche Publizistik und Beratung, Erkrath

Gero Maass, Dr., Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Madrid

Janina Matuiziene, Generalsekretärin des Litauischen Gewerkschaftsbunds (LPSK)

Henri Möllers, Studierender im Masterstudiengang Sozialpolitik, Universität Bremen

Torsten Müller, Dr., ETUI (European Trade Union Institute/Europäisches Gewerkschaftsinstitut), Brüssel

Hans-Wolfgang Platzer, Prof. für Europäische Studien, Hochschule Fulda

Udo Rehfeldt, Dr., Institut de Recherches Economiques et Sociales (IRES), Paris

Andreas Rieger, Gewerkschaft UNIA, Schweiz

Frank Schmidt-Hullmann, Leiter der Hauptabteilung Politik und Grundsatzfragen beim Bundesvorstand der IG BAU

Dieter Scholz, Vorsitzender des Forums Neue Politik der Arbeit, Berlin

Volker Telljohann, Dr., Istituto Ricerche Economiche e Sociali (IRES), Bologna

**Frank Bsirske / Klaus Busch /
Olivier Höbel / Rainer Knerler /
Dieter Scholz (Hrsg.)
Gewerkschaften in der Eurokrise
Nationaler Anpassungsdruck
und europäische Strategien**

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: Generalstreik in Frankreich, Paris, 29.1.2009 (Foto: dpa)

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-89965-681-7

■ Inhalt

Frank Bsirske/Klaus Busch/Dieter Scholz Einleitung	7
Torsten Müller/Hans-Wolfgang Platzer Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen im Europa der Krise	10
Strukturdaten und Entwicklungstrends im Vergleich	
Pete Burgess Großbritannien: die Beharrlichkeit des liberalen Modells	45
Gero Maass/Henri Möllers Schweden und das nordische Modell	70
Eine Skizze der Machtressourcen der nordischen Gewerkschaften	
Georg Feigl/Sandra Breiteneder/Wolfgang Greif Österreich: erfolgreiche Sozialpartnerschaft in der Krise	93
Udo Rehfeldt Frankreich: von der Exzeptionalität zum Neokorporatismus?	108
Der Wandel des französischen Modells der Arbeitsbeziehungen vor und nach der Krise 2008-09	
Ricard Bellera-Kirchhoff Spanien: Stier aus Gips	125
Strukturschwächen der Wirtschaft und soziale Folgen der Austerität	
Volker Telljohann Italien: Marginalisierung des Tripartismus	139
Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die industriellen Beziehungen	
Heribert Kohl Polen und Slowenien – zwei Beispiele unterschiedlicher Transformation und Krisenbewältigung	157

Janina Matuiziene	
Strukturwandel der kollektiven Interessenvertretung im Zuge der Eurokrise	180
Erfahrungen in Litauen	
Olivier Höbel	
Gegen den Zeitgeist: Solidarität statt Spaltung	194
Deutsch-polnische Gewerkschaftsarbeit vor Ort	
Rainer Knerler/Frank Schmidt-Hullmann	
Herausforderungen für eine gemeinsame europäische Gewerkschaftspolitik aus Sicht der IG BAU	211
Andreas Rieger	
Soziales Kräfteverhältnis – Voraussetzung für die Gewerkschaften in Europa	217
Klaus Busch	
Nachwort: Schlussfolgerungen und politische Botschaften	230

Frank Bsirske/Klaus Busch/ Dieter Scholz

Einleitung

Seit Beginn der Eurokrise ist es die Strategie der herrschenden Wirtschaftspolitik, mittels einer Kombination von harten Sparmaßnahmen und wettbewerbsorientierten »Strukturreformen« die Macht der Gewerkschaften in Europa zu schwächen, um auf diese Weise die Lohnentwicklung zu moderieren und den Arbeitsmarkt zu »flexibilisieren«. Die »Strukturreformen« zielen auf Eingriffe in die Tarifvertragssysteme (Unterhöhung der Flächentarifverträge und der Allgemeinverbindlichkeitsregeln) und auf Änderungen des Arbeitsrechts, wobei es vor allem um die Lockerung von Kündigungsschutzbestimmungen und die Ausdehnung prekärer Arbeitsformen geht.

In diesem Buch soll die Politik der nationalen Gewerkschaften in der Eurokrise vergleichend analysiert werden. Es geht dabei um zwei Kernfragen:

1. Hat die Eurokrise in den einzelnen europäischen Ländern aufgrund der genannten Eingriffe die Macht der Gewerkschaften beeinträchtigt?
2. Waren die nationalen Gewerkschaften in der Lage, eine gemeinsame europäische Strategie gegen die Austeritätspolitik zu entwickeln?

Im Einzelnen sollen in den Fallstudien folgende Fragen untersucht werden: Wie haben sich die sozioökonomischen Daten (Wachstum, Beschäftigung, Staatsschulden, Wettbewerbsfähigkeit) der nationalen Volkswirtschaften entwickelt? Welche Form der Austeritätspolitik wurde von den verschiedenen Staaten durchgeführt? Mit welchen Eingriffen in den Arbeitsmarkt und in die Tarifvertragssysteme war diese Politik verbunden? Haben sich in der Krise die Organisationsformen der Gewerkschaften verändert und wie hat sich der Organisationsgrad entwickelt? In welchem Maße haben die Eingriffe in die Tarifvertragssysteme den Tarifdeckungsgrad verändert? Wie haben sich die Nominal- und die Reallöhne sowie die Mindestlöhne und die Lohnstückkosten entwickelt? Wurden Abwehrkämpfe gegen die Austeritätspolitik organisiert, welche Streiks und Arbeitskämpfe gab es? Hat sich in der Krise die Stellung der Gewerkschaften im nationalen politischen System verändert (Bündnispartner, soziale Bewegungen)? Haben die nationalen Gewerkschaften gemeinsame Aktionsformen mit anderen nationalen Gewerkschaften, mit den europäischen Gewerkschaftsverbänden sowie dem EGB angestrebt und durchgeführt?

Aufgrund dieses gemeinsamen Fragenkatalogs, den die Autoren in ihren Länderstudien berücksichtigt haben, ist bei der Lektüre in hohem Maße ein

Vergleich der jeweiligen Entwicklung der Gewerkschaften eines Landes mit den anderen analysierten nationalen Gewerkschaftsbewegungen möglich.

Die komparative Analyse wird in diesem Buch darüber hinaus dadurch strukturiert, dass bei der Auswahl der Länder die in der wissenschaftlichen Literatur zu findende Typologie nationaler Gewerkschaften in Europa berücksichtigt wurde. Die untersuchten nationalen Gewerkschaften können den verschiedenen Typen europäischer Gewerkschaften zugeordnet werden: dem nordischen Typ (Schweden, Gero Maass/Henri Möllers), dem liberalen Typ (Großbritannien, Pete Burgess), dem kontinentalen Typ (Österreich, Georg Feigl/Sandra Breiteneder/Wolfgang Greif), dem mediterranen Typ (Frankreich, Udo Rehfeldt; Spanien, Ricard Bellera-Kirchhoff; Italien, Volker Telljohann) sowie den Varianten des osteuropäischen Typs (Litauen, Janina Matuiziene; Polen und Slowenien, Heribert Kohl).

Der einleitende Beitrag von Torsten Müller und Hans-Wolfgang Platzer »Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen im Europa der Krise – Strukturdaten und Entwicklungstrends im Vergleich« dient der Einführung in die Thematik und bietet auf der Grundlage des Machtressourcenansatzes einen profunden Überblick über die Veränderungen der Handlungsmöglichkeiten der europäischen Gewerkschaften aufgrund der Krise.

Der abschließende Artikel von Andreas Rieger »Soziales Verhältnis – Voraussetzung für die Gewerkschaften in Europa« analysiert die Schwierigkeiten, welche die Gewerkschaften bislang bei der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Strategie hatten. Er untersucht darüber hinaus die Voraussetzungen, die für eine solidarische Politik der Gewerkschaften im Kampf gegen das internationale Kapital im Kontext der Krise erfüllt werden müssen.

Schließlich enthält dieser Band zwei weitere Beiträge: Zum einen den Artikel von Olivier Höbel »Gegen den Zeitgeist: Solidarität statt Spaltung – deutsch-polnische Gewerkschaftsarbeit vor Ort«, der die Probleme der praktischen übernationalen Gewerkschaftskooperation am Beispiel eines Projektes der interregionalen Zusammenarbeit der polnischen und deutschen Metallgewerkschaften schildert. Zum anderen die Analyse von Rainer Knerler und Frank Schmidt-Hullmann »Herausforderungen für eine gemeinsame europäische Gewerkschaftspolitik aus Sicht der IG BAU«, welche den Artikel von Andreas Rieger über die Voraussetzungen und Schwierigkeiten einer gemeinsamen Gewerkschaftsstrategie in Europa am Beispiel der Gewerkschaften im Bausektor sehr gut ergänzt.

Zur Vorbereitung dieses Buches hat das »Forum Neue Politik der Arbeit« eine Fachtagung zum Thema »Strukturwandel der kollektiven Interessenvertretung im Zuge der Eurokrise – Herausforderungen für die Strategie der na-

tionalen Gewerkschaften« organisiert. Die Tagung wurde mit den gewerkschaftlichen Kooperationspartnern¹ des »Forum Neue Politik der Arbeit«² sowie mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt.

Ohne die großzügige Förderung durch die genannten Partner wäre es nicht möglich gewesen, die Tagung stattfinden zu lassen und dieses Buch zu publizieren.

¹ Die gewerkschaftlichen Kooperationspartner des »Forum Neue Politik der Arbeit« waren für diese Veranstaltung der DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg, der ver.di-Bundesvorstand, die IG Metall-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen und der Arbeiterbildungsverein GJEW als Partner der IG BAU Berlin.

² Die Themen des »Forums Neue Politik der Arbeit«, die in Zusammenarbeit von Gewerkschaften und kritischer Wissenschaft diskutiert und bearbeitet werden, sind dokumentiert unter www.fnpa.eu.

Klaus Busch

Nachwort: Schlussfolgerungen und politische Botschaften

Aus dem vorliegenden Band können im Wesentlichen drei Erkenntnisse gewonnen werden:

1. Die Strategie des Neoliberalismus in der Krise, mittels einer Kombination von Sparpolitik und wettbewerbsorientierter Wirtschaftspolitik die Macht der Gewerkschaften in Europa zu schwächen, um auf diese Weise die Lohnentwicklung zu moderieren, ist mit Ausnahme Schwedens und mit Einschränkung in Bezug auf Österreich in allen hier untersuchten Ländern erfolgreich durchgesetzt worden.
2. Das Beispiel Schwedens zeigt jedoch, dass es eine Alternative zur vorherrschenden Wirtschaftspolitik gibt, die in der Eurozone praktiziert wird. Das schwedische Modell, das auf technologischen Innovationen und einer hohen Qualifikation der Arbeitskräfte basiert, ist selbst dem deutschen Modell überlegen, das im hohen Maße auf einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Arbeitsmarktreformen (Hartz IV), einen Niedriglohnsektor und relative Lohnseinbußen fußt.
3. Es ist den Gewerkschaften in Europa nicht gelungen, gegen die Austeritätspolitik und die Unterminierung der Tarifvertragssysteme eine gemeinsame solidarische Politik zu entwickeln. Der in den deutschen Gewerkschaften verbreitete Glaube, die Lohnabhängigen in Deutschland hätten andere Interessen als ihre Kolleginnen und Kollegen im Süden Europas, basiert auf einer folgenreichen Fehleinschätzung. Erforderlich ist eine europäische Gewerkschaftsbewegung, die kampagnen- und mobilisierungsfähig ist und die letztlich in der Lage ist, den Kampf gegen die Austeritätspolitik und gegen die Angriffe auf die Gewerkschaften europaweit zu organisieren und zu führen.

Ad 1. In den letzten zwanzig Jahren ist die Organisationsmacht der Gewerkschaften in Europa kontinuierlich zurückgegangen. Eine Ausnahme bilden hier nur Belgien auf einem hohen Niveau (55%), Italien auf einem mittleren Niveau (35%) und Frankreich auf einem niedrigen Niveau (10%). Die Gründe für den Rückgang sind die gestiegene Arbeitslosigkeit, der sektorale Strukturwandel von eher gewerkschaftsstarke zu eher gewerkschafts-

schwachen Branchen, die Abnahme der Unternehmensgrößen und die Zunahme atypischer Beschäftigung. Nach wie vor ist die Organisationsmacht in den nordischen Staaten Dänemark, Finnland und Schweden mit ca. 70% sehr hoch, während sie in den mittel- und osteuropäischen Staaten mit einem Wert um 10% äußerst gering bleibt. Eine Ausnahme bildet hier nur Slowenien mit knapp 30%.

Darüber hinaus hat die Austeritätspolitik in den »Programmländern« durch massive Eingriffe in die Tarifvertragssysteme die Gewerkschaftsmacht weiter geschwächt. Das gilt vor allem für Irland und Rumänien, wo ehemals weitgehend zentralisierte Tarifvertragsstrukturen in ein jetzt überwiegend dezentrales System mit Verhandlungen auf Unternehmensebene transformiert wurden. In den südeuropäischen Staaten Portugal, Spanien, Italien und Griechenland sind zwar die Flächentarifverträge formal erhalten geblieben, wurden aber durch »Reformen«, welche die internationalen Institutionen durchgesetzt haben, in starkem Maße unterminiert. In Frankreich wurde die Tarifpolitik durch zahlreiche tripartistische Abkommen zwischen dem Staat, den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften sukzessive unterhöhlt (vgl. den Artikel von Rehfeldt).

Wie in dem Beitrag von Müller und Platzer sehr überzeugend herausgearbeitet wird, beruht die Aushöhlung der Flächentarifvertragsstrukturen in diesen Ländern im Wesentlichen auf den folgenden drei Maßnahmen: (1) dem Vorrang von Unternehmensvereinbarungen zum Beispiel durch die Abschaffung bzw. Umkehrung des Günstigkeitsprinzips, was bedeutet, dass in der Praxis sektorale Standards unterlaufen können; (2) der weitgehenden Rücknahme der rechtlichen Unterstützung des Flächentarifvertragssystems, zum Beispiel durch die Einführung restriktiverer Kriterien für die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen; (3) der Ausweitung der Möglichkeiten für gewerkschaftlich nicht organisierte Gruppen von Arbeitnehmern, Verhandlungen auf Unternehmensebene zu führen.

Im Gefolge dieser Eingriffe ist in Portugal, Spanien und Griechenland die Zahl der sektoralen Tarifabkommen von 2008 bis 2013 dramatisch gesunken: in Portugal von 172 auf 27, in Spanien von 1448 auf 887 und in Griechenland von 202 auf 14. Mit Recht kann hier von einer De-Kollektivierung der Arbeitsbeziehungen gesprochen werden (siehe Müller/Platzer).

Auch in den anderen europäischen Ländern ist krisenbedingt die Zahl der Tarifvereinbarungen zurückgegangen, allerdings längst nicht in dem Umfang wie in den Programmländern. In Europa ist deshalb generell ein Rückgang des Tarifdeckungsgrades zu verzeichnen. Eine Ausnahme bilden hier nur Finnland, Österreich, die Niederlande und Belgien. In Deutschland nahm der Deckungsgrad von knapp 70% im Jahr 2000 auf knapp 60% im

Jahr 2012 ab, in Schweden von 93% auf 88%, und in Großbritannien von 36% auf 29%.

Dagegen waren die Rückgänge in Portugal, Spanien und Griechenland dramatischer: In Portugal lauten die Werte 93% und 32%, in Spanien 83% und 67% und in Griechenland 85% und 50%. In Spanien ist der Wert bis 2014 noch weiter gefallen, und zwar auf 50% (vgl. den Beitrag von Belleira-Kirchhoff).

Es ist nicht verwunderlich, dass im Gefolge dieser Schwächung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht in der Zeit von 2008 bis 2014 tarifpolitische Erfolge in vielen Ländern ausblieben. In 13 der 28 EU-Staaten sind in diesem Krisenzeitraum die Reallöhne abgesenkt worden (European Commission 2015; table 31). Darüber hinaus gelang es in 18 der 28 Staaten nicht, den verteilungsneutralen Spielraum auszuschöpfen, nahmen die Reallöhne nicht im selben Maße zu wie die Produktivität (European Commission 2015; table 34). Besonders schwach waren erneut die relativen Lohnergebnisse in den Staaten Mittel- und Osteuropas (vgl. die Beiträge von Kohl und Matuiziene). Für die Position der Gewerkschaften in Europa ist es besonders bedrohlich, dass aufgrund der Austeritätspolitik jetzt auch die ehemals sehr starken Gewerkschaften in Südeuropa erheblich an Tarifmacht verloren haben und in allen vier Ländern die Reallöhne in der genannten Krisenperiode gesunken sind (vgl. die Beiträge von Belleira-Kirchhoff und Telljohann).

Ad 2. Die Sonderentwicklung vor allem Schwedens wird in dem Artikel von Maass und Möllers sehr differenziert analysiert. In den letzten 15 Jahren kann Schweden im europäischen Kontext eine außerordentlich positive sozioökonomische Entwicklung vorweisen. Bei allen wichtigen makroökonomischen Daten, den Wachstumsraten des BIP, der Beschäftigungsentwicklung, den Arbeitslosenraten, den Leistungsbilanzüberschüssen, der Staatsverschuldung insgesamt, der Neuverschuldung des Staates und der Reallohnentwicklung schneidet Schweden wesentlich besser ab als die Staaten der Eurozone, ja, bei den allermeisten Daten auch besser als Deutschland (siehe Tabelle 1).

Die Wachstumsraten des BIP liegen in Schweden vor der Großen Krise 2008/2009 deutlich über den Wachstumsraten der Eurozone und Deutschlands. Nach der Krise von 2011 bis 2015 wird der Abstand zur Eurozone wegen der harten Austeritätspolitik in den Eurostaaten noch größer – 1,6% im Vergleich zu 0,5%. Auch gegenüber Deutschland (1,4%) bleibt ein leichter Vorsprung erhalten.

In der Beschäftigungsentwicklung fallen vor allem der Zeitraum von 2001 bis 2005 – mit negativen Zuwachsraten für Deutschland – sowie der

Tabelle 1: Ausgewählte makroökonomische Daten für Schweden, Deutschland und die Eurozone, 2001-2015

		2001-2005 Ø jährl.	2006-2010 Ø jährl.	2011-2015 Ø jährl.
BIP Wachstumsrate	Schweden	2,6	1,6	1,6
	Deutschland	0,6	1,2	1,4
	Eurozone	1,5	0,8	0,5
Zuwachsrate Beschäftigung	Schweden	0,2	0,7	1,3
	Deutschland	-0,3	0,8	0,9
	Eurozone	0,7	0,2	-0,1
Arbeitslosenquote	Schweden	6,7	7,3	7,8
	Deutschland	9,5	8,1	5,2
	Eurozone	8,8	8,6	11,2
Nettoneuverschuldung	Schweden	0,2	1,3	-1,2
	Deutschland	-3,6	-1,7	-0,1
	Eurozone	–	–	-3,3
Staatsschuldenquote	Schweden	49,4	39,0	38,8
	Deutschland	62,2	69,5	75,9
	Eurozone	–	–	91,8
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	Schweden	6,2	7,8	6,1
	Deutschland	2,5	6,1	7,2
	Eurozone	0,5	0,1	2,1
Zuwachsrate der Bevölkerung	Schweden	0,4	0,8	0,9
	Deutschland	0,1	-0,2	0,2
	Eurozone	0,5	0,4	0,2

Quelle: European Commission (2015): European Economic Forecast, Statistical Annex, Winter 2015, Brussels.

Nachkrisenzeitraum von 2011 bis 2015 ins Auge – mit negativen Daten für die Eurozone (-0,1%) und hohen Zuwachsraten in Schweden (1,3%). Auch dies ist wiederum vor allem der Austeritätspolitik in der Eurozone geschuldet. Deutschland verzeichnet in dieser Periode ebenfalls einen guten Wert von 0,9%. Die Spreizung zwischen der Eurozone und Schweden wird auch in den Daten zur Arbeitslosigkeit deutlich sichtbar. Während die Arbeitslosenrate nach der Krise in Schweden nur leicht zunimmt, verzeichnet die Eurozone einen markanten Anstieg. In Deutschland dagegen verbessert sich die Lage sehr deutlich.

Die Diskrepanz zwischen dem überdurchschnittlichen Beschäftigungszuwachs Schwedens nach der Krise und dem Anstieg seiner Arbeitslosen-

rate ist auf den in komparativer Perspektive hohen Zuwachs der Bevölkerung Schwedens zurückzuführen. Das Land hat in dieser Periode sehr viele Flüchtlinge und Asylbewerber aufgenommen, die aufgrund ihres Qualifikationsniveaus zum Teil nicht in den schwedischen Arbeitsmarkt integriert werden konnten.

Auch die Daten zur Staatsverschuldung weisen Schweden als Outperformer aus. Obwohl das Land nach der Krise eine expansivere Fiskalpolitik betreibt als Deutschland (siehe Daten zur Nettoneuverschuldung), kann es im Unterschied zu Deutschland seine Staatsverschuldung in der Nachkrisenperiode von 2011 bis 2015 gegenüber der Krisenperiode 2006-2010 stabil halten. Die Staatsverschuldung Deutschlands liegt im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2015 mit 75,9% wesentlich höher als diejenige Schwedens mit 38,8%, ganz zu schweigen vom negativen Wert der Eurozone mit 91,8%.

Die Zahlen zur Leistungsbilanzentwicklung zeigen Schweden als ein Land mit überdurchschnittlich hoher Wettbewerbsfähigkeit. In den letzten 15 Jahren lag der Leistungsbilanzüberschuss mit 6-8% des BIP wesentlich höher als derjenige der Eurozone mit 0,5-2%. Von 2001 bis 2010 übertrafen die schwedischen Werte auch diejenigen Deutschlands. Erst in der Nachkrisenperiode von 2011 bis 2015 erzielte Deutschland mit 7,2% einen höheren Wert als Schweden mit 6,1%.

Neben dem Sparparadigma besteht die wirtschaftspolitische Philosophie der Austeritätspolitik, die vor allem Deutschland der Eurozone verordnet hat, in der Annahme, dass die Eurostaaten nur durch harte »Strukturreformen« ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder verbessern könnten. Wohlfahrtsstaatliche Ausgabenkürzungen und ein Abbau der Reallöhne seien dazu die passende Medizin. Als probates Mittel werden staatliche Eingriffe in die Kollektivverhandlungssysteme (Abbau der Allgemeinverbindlichkeit, Vorrang von dezentralen Lohnabkommen, Reduktion der Mindestlöhne) empfohlen und in den Ländern mit Troika-Programmen durchgesetzt. Zwar kann dieser angebotsorientierte Weg am Ende erfolgreich sein, er dauert aber sehr lange und seine sozialen Kosten in Form von hoher Arbeitslosigkeit, einem Abbau der Reallöhne und Einschnitten in die sozialen Sicherungssysteme sind sehr hoch.

Obwohl die deutsche Regierung als *cantus firmus* im europäischen Diskurs immer wieder vorträgt, es gäbe zu diesem Weg keine Alternative, zeigt das Beispiel Schwedens, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit im Gegenteil durch eine andere Politik wesentlich erfolgreicher bewahrt und verbessert werden kann. Der schwedische Weg besteht nicht im Kostenwettbewerb und in sozialen Abwärtsspiralen, sondern in einem Innovationswettbewerb mittels überdurchschnittlich hoher Ausgaben für Forschung und

Entwicklung, überdurchschnittlicher Bildungsinvestitionen und einer hohen Motivation hoch bezahlter und hoch qualifizierter Arbeitskräfte.

Seit dem Jahr 2000 hat die Eurozone im Durchschnitt knapp 2% ihres BIP für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen ausgegeben. Deutschland erreichte in diesem Zeitraum 2,6%, Schweden aber 3,4% (Eurostat nach Wirtschaftskammer Österreich, Mai 2015). Im Jahr 2009 beliefen sich die öffentlichen Bildungsausgaben nach Eurostat in Schweden auf 7,2% des BIP, das ist nach Dänemark der zweithöchste Wert unter den EU-27. Deutschland erreichte im selben Jahr 5,0%, das ist der 17. Platz unter den EU-27 (Eurostat: Statistics Explained, Juli 2013). Mit diesen überdurchschnittlichen Forschungs- und Bildungsinvestitionen erreicht Schweden eine hohe Innovationsfähigkeit bei Produkten, Dienstleistungen und Produktionsverfahren und auf diese Weise eine überdurchschnittlich hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit, wie die Leistungsbilanzdaten zeigen.

Schweden verfügt über einen hoch entwickelten Wohlfahrtsstaat und ein hohes Lohnniveau. Ein Niedriglohnsektor wie in Deutschland ist in Schweden unbekannt. Die Zuwachsraten der Reallöhne der Beschäftigten lagen von 2001 bis 2015 deutlich über den entsprechenden Werten der Eurozone und Deutschlands (siehe Tabelle 2). Die hohe Leistungsfähigkeit seiner Ökonomie, das hohe Niveau des Wohlfahrtsstaates und das überdurchschnittliche Lohnniveau seiner Arbeitskräfte bedingen sich dabei wechselseitig. Das hohe Produktivitätsniveau des Landes ermöglicht die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates und das hohe Lohnniveau der Arbeitskräfte. Diese wiederum tragen aufgrund ihrer hohen Qualifikation, ihrer sehr guten sozialen Absicherung und ihres hohen Lebensstandards mit einer starken Arbeitsmotivation wesentlich zur Innovationsfähigkeit bei. Sozialreformen à la Hartz IV, die Deutschland seinen Europartnern als notwendige Strukturreformen anpreist, wären in Schweden kontraproduktiv.

Tabelle 2: Lohndaten für Schweden, Deutschland und die Eurozone 2001 bis 2015

		2001-2005 Ø jährl.	2006-2010 Ø jährl.	2011-2015 Ø jährl.
Zuwachsrate der Reallöhne	Schweden	2,2	1,5	1,7
	Deutschland	-0,5	0,2	1,3
	Eurozone	0,4	0,9	0,5
Zuwachsrate der realen Lohnstückkosten	Schweden	-0,2	0,2	1,0
	Deutschland	-1,0	-0,1	0,4
	Eurozone	0,5	0,4	-0,1

Quelle: European Commission (2015)

Schweden dokumentiert damit überdeutlich, dass es eine sehr gute Alternative zum offiziellen Austeritätsskurs der Eurozone gibt, eine Alternative, die dem Euro-Weg sowohl sozial als auch ökonomisch sehr weit überlegen ist.

Ad 3. Gegen die Schwächung ihrer Organisations- und Tarifmacht haben sich die Gewerkschaften in Europa fast ausschließlich auf der nationalen Ebene zu wehren versucht (vgl. die Beiträge von Knerler/Schmidt-Hullmann sowie Rieger). Der EGB spielte in diesem Abwehrkampf so gut wie keine Rolle. Er blieb im Wesentlichen ein Lobbyverband, der mit Stellungnahmen, Briefen und Gesprächen auf die europäischen Institutionen Einfluss zu nehmen versuchte, aber auch dies meist ohne nennenswerten Erfolg (vgl. Rieger).

Die spanischen und portugiesischen Gewerkschaften mobilisierten phasenweise stark gegen die Austeritätspolitik. Die Troika beeindruckte dies jedoch wenig. Die griechischen Gewerkschaften führten über zwanzig Generalstreiks durch – letztlich erfolglos. Die europäische Gewerkschaftsbewegung war nicht in der Lage, der Unterwerfung Griechenlands – und auch Portugals, Irlands und Spaniens – durch die Troika etwas entgegenzustellen.

Auf der europäischen Ebene gab es von 2010 bis 2014 kaum länderübergreifende Arbeitskämpfe und keine starke soziale Kampagne gegen die Austerität und die Massenarbeitslosigkeit. Obwohl der EGB-Kongress in Athen 2011 nach langer Diskussion eine europäische Kampagne gegen das Lohndumping beschlossen hatte, kam hier nichts zustande. Die periodischen Eurodemos, zu denen der EGB aufrief, zentral in Brüssel, Straßburg oder Wrocław (jeweils am Ort eines jährlichen Eurogipfels), wurden schwach besucht und kaum beachtet.

Die einzig erfolgreiche Mobilisierung des EGB fand am 14. November 2012 statt. Es handelte sich um einen lange im Voraus beschlossenen Europäischen Aktionstag. An ihm kombinierten sich Streiks in Spanien, Portugal Griechenland und Belgien mit Demonstrationen in Italien und punktuellen Mobilisierungen in vielen anderen Ländern (vgl. Rieger).

Es wird vielfach argumentiert, es könne keine gemeinsamen Aktivitäten gegen die Austeritätspolitik geben, weil die nationalen Interessen der Gewerkschaften zu unterschiedlich seien. Dies sei auch der Grund für die geringe Solidarität, die von den deutschen Gewerkschaften gegenüber Südeuropa gezeigt worden sei.

Diese Argumentation ist an der Oberfläche richtig, sie ist aber im Kern falsch. Richtig ist, dass die Krise die einzelnen Staaten unterschiedlich getroffen hat und sich hieraus unterschiedliche Erfahrungen und Motivationen für politisches Handeln ergeben. Andererseits – und das ist der Kern

des letztlich gemeinsamen Interesses aller Beschäftigten in Europa – bleiben scharfe Austeritätsmaßnahmen, Eingriffe in die Tarifvertragssysteme und starke Reallohnseinbußen in einem gemeinsamen Währungsgebiet mittel- und längerfristig nie auf die zunächst betroffenen Staaten beschränkt. Sie strahlen schon auf mittlere Sicht aus und führen über den Wettbewerbsmechanismus zu einer negativen Ansteckung im gesamten Eurogebiet. So hat das deutsche Lohndumping der Vorkrisenzeit über die Leistungsbilanzdifferenzen letztlich auch Südeuropa erreicht und in der Zeit nach 2010 hier zu massiven Reallohnbrüchen geführt. Ebenso wird die Schwäche der Lohnpolitik in Mittel- und Osteuropa und der Zusammenbruch der Tarifvertragssysteme in Südeuropa, den wir jetzt erleben, mittelfristig auch auf Deutschland und die anderen westeuropäischen Staaten zurückschlagen. Insofern gibt es im Kern gemeinsame Interessen aller Beschäftigten in der Eurozone. Austeritätspolitik, die heute in einem Staat die Gewerkschaften und den Sozialstaat schwächt, wird morgen auch in zunächst scheinbar nicht betroffenen Staaten ihre Auswirkungen haben.

Schon bei Einführung des Euro war klar, dass es im System der Wettbewerbsstaaten keine national isolierte Lohnpolitik mehr geben wird. »Optimal ist der Währungsraum, der nennenswert größer, möglichst mehrfach größer ist als der Raum, für den sich ein wirksames Lohnkartell etablieren lässt.« (Sievert 1992: 13) So definierte schon Anfang der 1990er Jahre ein kluger neoliberaler Ökonom, Olaf Sievert, aus seiner Sicht den optimalen Währungsraum. In der europäischen Gewerkschaftsbewegung ist diese Gefährdung der gewerkschaftlichen Tarifmacht damals nur von den nordischen Gewerkschaften verstanden worden, nicht aber von den Gewerkschaften in Mittel- und Südeuropa. Heute aber können die Gewerkschaften aus den Erfahrungen der letzten 25 Jahre die richtigen Schlussfolgerungen ziehen.

Erforderlich ist eine europäische Gewerkschaftsbewegung, die kampagnen- und mobilisierungsfähig ist, die letztlich in der Lage ist, den Kampf gegen die Austeritätspolitik und gegen die Angriffe auf die Gewerkschaften europaweit zu organisieren und zu führen (vgl. Rieger sowie Knerler/Schmidt-Hullmann).

Zu den vordringlichsten Aufgaben zählen dabei:

1. Eine europäische Kampagne zur Wiederherstellung bzw. zur Einführung der Flächentarifvertragssysteme. Es muss europäische Mindestnormen für die Gewerkschaftsarbeit in der EU, vor allem im Eurogebiet, geben. Dazu gehört die Beseitigung von Restriktionen für die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und von Restriktionen bei der Ausübung des Streikrechts, ferner die Förderung der Gründung von Branchenverbänden auf Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite. Dazu gehören die Wiederherstel-

lung oder Einführung von Regeln für die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen über unterschiedliche Mechanismen.

2. Eine europäische Kampagne für die Einführung von europäischen Regeln für die nationalen Mindestlöhne. Diese sind zwar faktisch überall in der EU vorhanden, unterscheiden sich jedoch in ihrem relativen Gewicht (Anteil an den nationalen Durchschnittslöhnen) zu stark. Hier wäre eine Orientierung an der Regel notwendig, dass die Mindestlöhne 50% oder 60% der nationalen Durchschnittslöhne entsprechen müssen.
3. Ein gewerkschaftlicher Kampf gegen die staatlichen Versuche, in die Lohnpolitik mehr oder weniger direkt einzugreifen. Diese Versuche gibt es im Rahmen der neuen European Economic Governance, wie sie genannt wird, in vielerlei Hinsicht, sei es im Rahmen von Europäischen Semestern, sei es im Rahmen von Maßnahmen in den Programmen der Troika, sei es, wie im Juni 2015 von den fünf Präsidenten vorgeschlagen, über ein System nationaler Einrichtungen zur Überwachung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Staaten (Juncker 2015).
4. Es kann aber nicht allein bei diesem Abwehrkampf bleiben, die Gewerkschaften in Europa müssen ihre Aktivitäten zur Koordinierung der Lohnpolitik (Stichwort Doorn-Prozess) neu beleben. Die Orientierung der Lohnpolitik mindestens am verteilungsneutralen Spielraum aus Inflationsrate und Produktivitätszuwachs ist zwingend, soll der Politik des Lohndumping im Eurogebiet ein Riegel vorgeschoben werden (vgl. Knerler/Schmidt-Hullmann sowie Rieger).

Die Zukunft der Gewerkschaften in Europa wird davon abhängen, welche Erfolge sie bei der Bewältigung dieser vier Herausforderungen erzielen können.

Literatur

- European Commission (2015): European Economic Forecast. Statistical Annex, Winter 2015. Brussels.
- Juncker, Jean-Claude u.a. (2015): Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden. Brüssel.
- Sievert, Olaf (1992): Geld, das man nicht selber herstellen kann, in: FAZ, Nr. 225, 26.9.1992, S. 13.